

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 25 (1911)

136 (14.6.1911)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-556389](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-556389)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expedition Peterstraße 20/22. Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Almenstraße 24, Fernsprecher 530.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonntag und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschl. Fernsprechn 75 Pfg. bei Selbstabholung 65 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 M., für zwei Monate 1,50 M., monatlich 75 Pfg. einschließlich Postgebühren.

Mit Sonntagsbeilage.

Inserate die fünfgepaltene Normalspaltweite oder deren Raum für die Inserenten in Nütlingen-Wilhelmshaven u. Umgebung, sowie der Filiale 15 Pfg. für sonstige auswärtsige Inserenten 20 Pfg.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Wollen Anzeigen aus kleinerer als der Normalspaltweite gesetzt werden, so werden sie auch nach letzterer berechnet. Kleinspaltweite 50 Pfg.

25. Jahrgang.

Nütlingen, Mittwoch den 14. Juni 1911.

Nr. 156.

Emanzipation des Kapitalismus.

Von der Emanzipation des letzten Standes, dem Befreiungskampf des Proletariats, spricht die Welt seit zwei Menschenaltern. Der Sonntag, welcher am letzten Montag, den Spuren des Bundes der Landwirte folgend, im Berliner Sportpalast Herrschau hielt, ruft dagegen auf zur Emanzipation des Kapitalismus. Handel, Industrie und Gewerbe finden im deutschen Reich nicht die gebührende Berücksichtigung. Die Stände des schaffenden Bürgertums werden gegenüber den Herren des besitzenden Großgrundbesitzes zurückgesetzt, die Interessen des mobilen Kapitals durch eine einseitig-überagrarische Steuer- und Zollpolitik arg demütigt. In der Regierung, der Verwaltung, der Diplomatie, dem Heere gilt nur, wer zum Junkertum gehört oder nach seiner Weise zu tanzen gewillt ist. Der vom Kaiserreich beherrschten Bureaucratie fehlt das Verständnis für die Notwendigkeit weltwirtschaftlicher Zusammenhänge, fehlt der kaufmännische Geist. Darum ruft der Hansabund: Kapitalisten Deutschlands, vereinigt euch! Brecht die Uebermacht des Grundbesitzes, schafft euch die politische Stellung, die eurer wirtschaftlichen Position entspricht!

Herr Stresemann, der einiges aus den marxistischen Theorien profitiert hat und sich darum für denselben hält, mit einer wegwerfenden Handbewegung vom „Dogmatismus des Klassenkampfes“ zu sprechen, hat auf diesem Hansatag gar nicht über die „Anomalie der Entwicklung“ gesprochen, die unzweifelhaft darin liegt, daß im preussischen Staate zwei so weit verschiedene Dinge nebeneinander existieren können, wie beispielsweise die rheinisch-westfälische Industrie und die lüneburgerische Landwirtschaft. Auf der einen Seite eine kapitalistische Hochkultur, wie sie höchstens in amerikanischen Verhältnissen ein Gegenstück findet, auf der anderen eine politische Tyrannei der Großbourgeoisie, wie man sie in keinem anderen Lande der zivilisierten Welt kennt! Herr Stresemann hätte sagen können, daß der politische Lieberbau der Gesellschaft in Deutschland ihrer ökonomischen Struktur nicht mehr entspricht. Das ist die „Anomalie der Entwicklung“, die wir in Preußen Deutschland zu verzeichnen haben, und aus ihr erklärt sich die mehr als laudable Entscheidung einer rebellierenden Bourgeoisie in dem ersten Industriestaate der alten Welt.

Auch der erste Hansatag, wie feierlich die Gründungsverammlung des Bundes im Zirkus Schumann, stand im Allgemeinen noch unter der Parole: „Scharf gegen rechts!“ Dennoch hätte es der hin und wieder dazwischen getretenen Ausfälle nach links nicht bedurft, um das Verhältnis der Sozialdemokratie, des organisierten Proletariats, zu den Hansabundbestrebungen in klarem Licht zu rufen. Wenn Herr Nieber von dem Hansabund spricht als dem „Vertreter des mobilen Kapitals und des gesamten Bürgertums“, zu wels letzteren sich hinzuzuzählen auch dem Arbeiterstande gestattet wird, wenn Herr Stresemann die Interessensolidarität zwischen Groß- und Kleingewerbeten predigt, wenn Herr Marquardt, der Führer des Leipziger Handlungsgewerksverbandes von 1858 und Hansabundsführer für Eisenach, dergleichen tut, und Herrn Nieber für die Auffstellung von Angelegenheiten fundamente öffentlich seinen ergebenen Dank zu sagen legt, so sind das alles Dinge, über die dem Sozialdemokraten von heute wenig zu sagen übrig bleibt, denn sie sind ja längst erledigt und entschieden. Den Prozeß zwischen „Bastard-Schutz von Delligch“ und Ferdinand Vassalle wieder aufzunehmen, lohnt sich wahrhaftig nicht, nachdem die geschichtliche Entwicklung von 47 Jahren ihr Richteramt gesprochen hat. In einer Welt, die vom Klassenkampf der Arbeit gegen das Kapital widerhallt, verklagen die Stimmen, die von Solidarität und Harmonie der Interessen reden.

Wie wird sich die Masse der Arbeiterschaft in die Rolle jener Bankkommission finden, die am Montag den Reden der „Vertreter des mobilen Kapitals“ kritisches Bewußtsein! Andererseits: so wenig die Arbeiter gewillt sind, das aus der Kumpfkammer der Nationalökonomie hervorgeholte Evangelium der wirtschaftlichen Harmonie auch um einen Augenblick ernst zu nehmen, so wenig sie daran denken, von ihren Ansprüchen auf die Gegenwart und ihren Forderungen auf die Zukunft auch nur ein Tüpfelchen preiszugeben, so wenig werden sie die geschichtliche bedingte Berechtigung verkennen, die den Hansabundbestrebungen zur Seite dient. Die Stellung der Bourgeoisie im politischen Körper des deutschen Reiches entspricht nicht ihrer wirtschaftlichen Machtstellung, das ist hundert- und tausendmal in sozialdemokratischen Zeitungen und Versammlungen ausgesprochen worden, lange noch ehe ein Hansabund erschien, um diese Wahrheit nun auch für sich zu entdecken. Es scheint, daß dem deutschen Proletariat die historische Aufgabe zugewiesen ist, nicht um sich selber, sondern auch seine Gegner zu politischem Denken zu erziehen! Doch wenns gelingt, soll es uns freuen. Ein Klassenkampf der Großbourgeoisie gegen das Junkertum — sollte

aus ihm Ernst werden, woran noch immer ein gelinder Zweifel besteht ist — würde das Proletariat zwar nicht im Trost der Bourgeoisie, aber auch ganz gewiß nicht auf Seiten des Junkertums finden. In klarer Erkenntnis gegebener Entwicklungsmöglichkeiten wünscht die Sozialdemokratie mit den politischen Anormalien im deutschen Reich aufzuräumen, die Junkerherrschaft zu brechen, Klassenprivilegien zu beseitigen und eine Staatsverfassung zu schaffen, die dem Stande der kapitalistischen Entwicklung entspricht, eine demokratische Verfassung, wie sie in allen anderen Ländern kapitalistischer Kultur fast besteht. Die Bourgeoisie vermag gegen das Junkertum nicht das Kleinste anzubringen, wenn sie nicht dem demokratischen Prinzip Zugeständnisse macht. In diesem Sinne kann von der etwas verpöbelte Befreiungskampf der Großbourgeoisie nur recht sein. Denn der Kapitalismus muß sich in Deutschland erst emanzipieren, damit sich das deutsche Volk vom Kapitalismus emanzipieren kann!

Politische Rundschau.

Nütlingen, 13. Juni.

Der zweite deutsche Wohnungstongreß.

Am Sonntag abend wurde in Leipzig der zweite deutsche Wohnungstongreß eröffnet. Der Vorsitzende erklärte, der Kongreß sei als Arbeitstongreß gedacht; leitender Grundgedanke der Verhandlungen werde sein: aus der Praxis für die Praxis. Nach den Begründungen ist alle Welt von der Notwendigkeit einer Verbesserung der Wohnungsverhältnisse durchdrungen. Ministerialdirektor Dr. Kumpelt-Dresden bezeichnete die Wohnungsfürsorge als eine der wichtigsten Aufgaben; die kaiserliche Regierung werde gläubig und dankbar sein, wenn sie durch den Kongreß wertvolle Anregungen erhalte. Ministerialdirektor Engelke vom Reichsamte des Innern versicherte im Namen des Reichsanzlers, Arbeit an der Wohnungsfrage sei bitter not. Bürgermeister Roth-Leipzig hob besonders hervor, daß Leipzig durch die gemeinnützige Bauartigkeit demnach Wohnungen für 13 bis 14000 Menschen erhalten werde, aber auch das bedeute im Verhältnis zur Einwohnerzahl nur wenig; die gemeinnützige Bauartigkeit könne den Wohnungsmangel wohl mildern, aber nicht beseitigen. Als wichtigster Faktor müsse man die private Bauartigkeit bezeichnen, die deshalb kräftig zu unterstützen sei. Ministerialdirektor Wöhler-München teilte mit, daß die bayerische Regierung die an der Wohnungsfrage Arbeitenden zu einem Landesvereine zusammengeschlossen habe.

In der Ansprache, mit der Graf Kolbowski am Montag den Kongreß eröffnete, führte der Redner aus, um den Missetänden im Wohnungswesen vorbeugen zu können, müsse man auf die Missetände selbst zurückgehen. Die deutsche Sozialpolitik habe zur Bekämpfung mit den Lebensbedingungen der großen Masse gezwungen. Man erwidere Wohnungsfragen, die aller Sittlichkeit und Gesundheit widersprechen. Eine Regierung, die solche Missetände beseitigen wolle, ohne zugleich ein wirksames Bodengebiet zu schaffen, würde eine Zandarbeit leisten. Vor allem müsse auch das Erbbaurecht im bürgerlichen Gesetzwerk verbessert werden. Die Redensart, es müsse endlich einmal mit der Sozialpolitik aufgehört werden, sei unlogisch; ebensojog könnte man sagen, es müsse mit der Handels- und Wirtschaftspolitik Schluss gemacht werden.

In einem Referate über die öffentlichen Körperlichkeiten als Behörden in der Baufrage forderte Stadtinspektor Dr. Landmann-Mannheim behördliche Maßnahmen zur Verbilligung des kaiserlichen Anstaltungsabens und Vermehrung des Angebotes von baureifen Grundstücken, daneben befürwortete er den Erlass eines Reichsentwöhnungsgesetzes und eine gesetzliche Regelung des Taxwesens. Gegen die Boden Spekulationen, denen die großstädtische Bevölkerung heute tributpflichtig sei, müsse der Kampf aufgenommen werden; der Boden sei Nationaligentum und dürfe nicht der Spekulation ausgeliefert werden. — Stadtrat Dr. Vuppel-Frankfurt a. M. besprach die Frage, wie die Behörden durch Bebauungspläne und Bauordnungen zur Schaffung billiger und gesunder Wohnungen beitragen könnten. In der weiteren Debatte nahm Genosse Dr. Söderum Gelegenheit, verschiedene Irrtümer und falsche Auffassungen einzelner Debatteure richtig zu stellen. Auf eine Bemerkung eines Debatteure, in Berlin erhalte man schon für 300 M. eine gute Wohnung, wies Söderum darauf hin, daß man in Berlin noch 23000 Kellerwohnungen zähle, und daß man in Berlin einräumige Wohnungen finde, in denen 13 Personen wohnen. Die Zustände, die sich infolge des Brauchs des Alkohols entwickeln hätten, seien geradezu furchtbar. Zur Verschlimmerung der Wohnungsverhältnisse hätten vor allen Dingen auch die Bauordnungen der Behörden mit beigetragen.

Hörsige Verstimnungen.

Prinz Max von Baden, der künftige Großherzog, ist kurz vor seiner Beförderung zum Divisionalkommandeur aus dem Militärdienst ausgeschieden. Offiziell wurde der ausscheidende Militär damit begründet, daß er als Präsident der Ersten Kammer mit parlamentarischen Geschäften zu überlastet sei. Die „Deutsche Montagszeitung“, ein konservatives Blatt, erzählt nun, daß hörsige Verstimnungen diesem Schritt zugrunde lägen; wir geben diese Erzählung wieder, weil auch der Sozialdemokratie darin eine Rolle zugewiesen wurde: „... Neulich war das Kaiserpaar in Karlsruhe zu Besuch. Prinz Max blieb auf seinem Gut und kam nicht in die Residenz. Das war kein Zufall, und alles offizielle Geschwätz wird den Glauben nicht wegschaffen, daß da jemand arg verknüpft ist. Stimmt. Prinz Max hat als Kammerpräsident nicht verschmäht, wenn es die Gelegenheit ergab, auch mit sozialdemokratischen Abgeordneten sich zu unterhalten und über ihre Ansichten sich informieren zu lassen. Ist das von dem unpreussischen Standpunkt derer, um Redner aus gesehen — die den Sozialdemokraten nur als Objekt, nicht als Subjekt der Gesetzgebung gelten lassen wollen — nicht eine Todsünde? ... Zweitens: Prinz Max hat eine Tochter des Herzogs von Cumberland geheiratet, dem seine Anhänger noch immer als legitimen König von Hannover betrachten, und hat demnach die vielfach erwünschte und verjagte „Verbindung“ dieses Sohnes des Königs Georg nicht herbeizuführen vermocht. Der Herzog von Cumberland ist auch bei dieser Heirat seiner Tochter der Möglichkeit, dem Kaiser zu begegnen, ausgewichen. Daraus sind Verstimnungen entstanden, deren Details wir nicht ohne Rücksicht auf die Gefahr zu erörtern, die aber mehr als irgend welche Pflichtenüberlastung zu dem Entschluß des Prinzen beigetragen haben.“

Es ist nicht das erste Mal, daß zwischen dem Kaiser und dem Berliner Hof Differenzen ausgebrochen sind. Als der gegenwärtig regierende Großherzog plötzlich sein militärisches Kommando in Koblenz niederlegte, wurde ebenfalls behauptet, daß es auch Differenzen mit dem Kaiser gegeben habe. Da scheint ja nun wieder Frieden zu sein. Im badischen Volke allerdings ist man auch jetzt auf Brechen noch nicht gut zu sprechen und diese neue Episode, selbst wenn sie keinerlei politischen Hintergrund haben sollte, wird sicher die antipreußische Stimmung erheblich verstärken.

Deutsches Reich.

Berlin, 13. Juni. Der Reichsanzeiger veröffentlicht das Gesetz über den Patentausschreibungszwang vom 6. Juni. Das Gesetz tritt am 1. Juli in Kraft. Ferner wird eine kaiserliche Verordnung vom 24. Mai veröffentlicht betr. das Inkrafttreten der Maß- und Gewichtordnung vom 30. Mai 1908. Danach tritt die Maß- und Gewichtordnung am 1. April 1912 in Kraft, die Vorschriften über die Neueinrichtung der Bergwerksbetriebe zur Ermittlung der Arbeitslöhne dienenden Förderwagen und Fördergefäße und über Eichung der Bierfässer erst am 1. Januar 1913, für Hohlnaße für trockene Gegenstände zu 1/4 Liter sind bis 31. Dezember 1922 im Verkehr zulässig.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft hat in ihrer Generalversammlung beschlossen, an das Kolonialamt und den Reichstag sich zu wenden um Gewährung für Mittel zur Errichtung eines Tierseuchungsinstitutes in Südwestafrika, um die dort herrschenden Seuchen zu bekämpfen, zur Hebung des Reiseverkehrs nach dort, zu Maßnahmen für Schonung des Wildes und zur Schaffung eines Naturschutzparks in den afrikanischen Kolonien.

Die „Reichsverbrennungsvorlage“. Was die „Germania“ „leider beklagt“ hat, ist schredliche Tatsache geworden: Die Zeltkommission des Reichsanzlers hat die Reichsverbrennungsvorlage in der Fassung des preussischen Abgeordnetenhauses angenommen. Trauern stellt nun die „Germania“ fest, daß die führenden konservativen Blätter in der letzten Zeit den Kampf gegen die Vorlage eingestellt hätten. Sie bedauert die jetzige Haltung der konservativen Presse, will aber ihren Kampf gegen das Reichsverbrennungsgesetz nicht aufgeben. Es handelt sich bei diesem Gesetz nicht um eine spezifisch-katholische Angelegenheit, sondern um ein Eintritten für eine altchristliche Seite gegen das neuheidnische Verlangen einer staatlichen Anerkennung des Bruches mit dieser altüberbrachten, im Aufstehungsglauben und in dem christlichen Empfinden des Volkes tief eingewurzelt Sitte. Die Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses als die einzige Partei, die das Reichsverbrennungsgesetz mit aller Entschiedenheit und Geschlossenheit bekämpft habe, habe dafür auch in gläubig-evangelischen Kreisen, die sonst dem Zentrum feindselig gegenüberstünden, Dank und Anerkennung gefunden. Schließlich weist die „Germania“ noch auf die politische Mit-

Arbeit der sozialdemokratischen Abgeordneten im preussischen Abgeordnetenhaus hin und schließt mit dem wunderbaren Satz: „Die Regierung aber trägt kein Bedenken, dieses Gesetz als Notgesetz aus den Händen der Sozialdemokratie entgegen zu nehmen.“

Wichtigste Ereignisse. Nach einer Meldung der „Vollständigen Zeitung“ sind die Verhandlungen zwischen den Freisinnigen und Nationalliberalen in Minden-Lübbecke, Herford-Galle und Schaumburg-Lippe über ein gemeinsames Vorgehen bei der Reichstagswahl an der ablehnenden Haltung der Nationalliberalen gescheitert. — In Minden-Lübbecke wurde 1907 der von den Nationalliberalen unterstützte Konfessionale im ersten Wahlgang gewählt; in Halle-Herford siegte der Nationalliberale in der Stichwahl gegen die Konfessionale und in Schaumburg-Lippe wurde ein Freisinniger in der Stichwahl gegen den Sozialdemokraten gewählt.

Gemeinschaftliche Sache. Die „Post“ meint, die ganze französische Politik in Marokko seit der Besetzung von Udschda sei eine ununterbrochene Verletzung der Algerienabrede, eine Verhöhnung und Verhöhnung Deutschlands, eine Misachtung unserer Macht und Stellung. Der „Post“ ist „der Humor vergangen“, die Scham sei ihr geblieben, die Ehre aber die Haltung der deutschen auswärtigen Politik. Das Besondere erlöst die „Post“ hauptsächlich darin, daß eine Macht wie Spanien, die sich in keiner Weise mit dem deutschen Reiche vergleichen könne, die Allgütigkeit und den Mut besitze, aus der Besetzung von Fez durch die Franzosen die freie Aktion für sich herzuleiten und die Konsequenz tapfer zu ziehen. Deutschland habe solche Folgen der Besetzung von Fez amtlich in der „Norddeutschen Allgemeinen“ zwar angeklagt, aber bisher noch nicht den Mut gefunden, auch durchzuführen. Der Deutsche müsse bald antworten, die Spanier um ihre auswärtige Politik zu beneiden. Im spanischen Ministerium sei erklärt worden, Unmöglichkeit im gegenwärtigen Augenblick sei Voraussetzung der obliegenden Pflicht. Im deutschen auswärtigen Amt scheine man leider ganz anderer Meinung zu sein. — Wahrscheinlich wäre der „Post“ und ihren Ökonomen jetzt, in der Zeit vor den Wahlen, nichts angenehmer und gelegener, als Tätigkeit im gegenwärtigen Augenblick. Man hätte dann ja eine — Wahlparole.

Das reichslandliche Zentrum. Am Sonntag tagten in Straßburg etwa 80 stimmrechte Vertreter der elsass-lothringischen Zentrumsparteien, um über das zukünftige Parteiprogramm zu beraten, wie es sich durch die neue Verfassung gestalten könnte. Es wurde folgender Entschluß gefasst: Der Vertreterrat der elsass-lothringischen Zentrumsparteien verurteilt als höchstes die ablehnende Haltung, welche die Reichstagsfraktion des Zentrums seinen Beschlüssen in Sachen der Verfassungsreform (Elsass-Lothringens) hat angedeihen lassen und beschließt: 1. den Reichstagsabgeordneten Deller, Haub, Hoen, Dr. Kildin, Wetterlé, Dr. Will und Wülsberg, sowie den der Partei angehörigen Landesauswahlabgeordneten volles Vertrauen für ihre Haltung, gelegentlich der Beratung des Verfassungsgesetzes auszusprechen; 2. an seiner eigenen unabhängigen Landesorganisation mit deren Namen und Programm festzuhalten, dagegen den Beitritt zum neu zu gründenden Zusammenschluß der Zentrumsparteien anzulehnen; 3. darüber, ob in Zukunft die dem elsass-lothringischen Zentrum angehörigen Abgeordneten gleichzeitig der Reichstagsfraktion des Reichstags angehören sollen, hat statutenmäßig die Kreisorganisation zu beschließen. Zu diesem Entschlusse bemerkt der „Sozialanzeiger“, damit sei in den Reihen des elsassischen Zentrums offene Zerrissenheit ausgebrochen. Ob den Nutzen davon — nämlich bei den im Laufe dieses Jahres vorzunehmenden Landtagswahlen — die Partei der Wetterlé und Blumenhath oder aber die Linke davontragen werde, dürfte im wesentlichen von der Rührigkeit abhängen, mit der die liberal-demokratischen Parteien den Wahlkampf führen werden. Zu der Entschlußfassung der Delegiertenversammlung der elsass-lothringischen Zentrumsparteien bemerkt die „Zentrums-Germania“, der Inhalt der Resolution habe sie nicht mehr überraschen können, nachdem sie in der letzten Zeit die Stimmung oder vielmehr die Zustimmung in den Zentrumskreisen der Reichslande habe kennen lernen. Aus dieser Zustimmung sei der Eingang der Resolution hervorgegangen, der die Haltung der Reichstagsfraktion des Zentrums verurteilt, dagegen den dissentierenden elsass-lothringischen Abgeordneten, die zum Teil nicht der Zentrumsfraktion angehören, volles Vertrauen ausspreche. Wäre es möglich gewesen, in Elsass-Lothringen mehr Aufklärung über die Haltung der Zentrumsfraktion zu verbreiten und dadurch die Zustimmung gegen sie, die hoffentlich nur einen vorübergehenden Charakter habe, zu beseitigen, so würde ein solcher Beschluß kaum gefaßt worden sein. In dieser Beziehung werde es nun nachträglich die Aufgabe der beteiligten Stellen sein, Aufklärung und damit Beruhigung herbeizuführen. Die Punkte 2 und 3 der Resolution stehen ja auch sehr deutlich erkennen, daß der Straßburger Delegiertentag der elsass-lothringischen Zentrumsparteien trotz aller Zustimmung keinen Bruch mit dem Zentrum vollziehen wolle.

Bauschutz. Der land- und forstwirtschaftliche Hauptverein für den Regierungsbezirk Hannover feierte am Sonntag das Fest seines 75-jährigen Bestehens, an dem auch der preussische Landwirtschaftsminister, Hr. v. Schorlemer, teilnahm. In seinem Glückwunsch brachte der Minister zum Ausdruck, die Provinz zeichne sich durch eine glückliche Bestirmtung aus, und die Liebe zur Heimat mache es den Bewohnern zur Pflicht, das Erbe ungetrübt zu erhalten. Aber auch die Söhne von Lande, die nicht auf dem väterlichen Hofe bleiben könnten, machten draußen ihrer Heimat Ehre, und wenn schließlich von polnischer Seite das Wort gefallen sei, daß auf den Anliehungen im Osten nur der Bauschutz zusammengetragen werde, so habe er den Eindruck gewonnen, daß sich dieser Bauschutz aus deutschen Männern zusammensetze, die imstande seien, ihr Volkstum zu wahren, und die dafür eintreten, daß die Erde deutsch sei und deutsch bleibe. — Dieser freundschaftliche Glückwunsch

verfolgt augenscheinlich die Absicht, in den Kreisen des Ostmarkenvereins ein Freundschaft zu werden, und die vorhandenen Mißstimmungen wieder auszugleichen.

Frankreich.

Frankreich. Protest gegen das Vorgehen Spaniens in Marokko. Die französische Regierung hat dem Kabinett in Madrid mitgeteilt, daß sie selbst einer nur zeitweiligen Ueberherrschung des Algerienabtrages nicht zustimmen könne. Wenn Spanien in Tetuan oder Larache eine besondere Aktion vornehme, müsse es allein die Verantwortung vor den Algerienabtragsmächten übernehmen. Diese vorbereitende Mitteilung verurteilt die Differenzen, da trotz der französischen Warnung Spanien die Stunde für sein Eingreifen gekommen hält. Der Minister Cruppi hat in Madrid mitteilen lassen, daß die Operationen von Larache und Alkassar von Frankreich nicht genehmigt werden, und er hat durch den Botschafter in Madrid um genaue Angabe der Gründe ersucht, welche die spanische Regierung zu ihrem Vorgehen veranlaßten, die allen früheren Erklärungen Spaniens widersprechen.

Ein Betrügerprozeß mit politischem Hintergrund. Am Montag begann in Paris vor dem Geschworenengericht der Prozeß gegen den Statuador der auf Grund des Trennungsgesetzes eingezogenen Klostergüter, Duez. Er wird beschuldigt, 5 Millionen Francs unterschlagen zu haben. Kruher ihm sind zwei seiner Kandidaten angefallen. Ein dritter, Gauthier, ist unter Hinterlassung einer Ration von 40000 Francs nach Amerika geflüchtet. Diesen Umstand lacht Duez natürlich für sich auszunutzen. Den Geschworenen werden im ganzen 4300 Fragen zur Beantwortung vorgelegt werden. Die Dauer des Prozesses ist auf acht Tage bemessen. Duez mußte zwei Jahre im Untersuchungsgefängnis verbringen.

Die Wingerunden sind noch nicht zu Ende. Der Verbandsauswahlabgeordnete des 4. Departements forderte in einem einstimmig gefaßten Beschlusse sämtliche Gemeindevertretungen des Departements auf, innerhalb acht Tagen ihre Entlassung zu geben, falls das gesamte Abgrenzungsgebiet bis dahin nicht abgehandelt sei. Gleichzeitig wurde die Bevölkerung unter Hinweis auf die Notlage aufgefordert, alle Steuern zu verweigern. In den Dörfern bei Bar-sur-Aube fanden gestern abend lärmende Kundgebungen gegen den Abgrenzungserlass statt.

Im Departement Stronde ist eine Bewegung für die Abgrenzung des Weingebietes, also gegen das Verlangen der Winger des Abndepartements auf Aufhebung entstanden. Bei solchen Widerprüchen in den Anschauungen der Interessenten ist es natürlich der Regierung unmöglich, es allen recht zu machen.

England.

Der Streik der Hafenarbeiter und Seelente. Derselbe ist, wie dieser Tage kurz gemeldet worden ist, in Southampton ausgebrochen. Er wirkt auf die transatlantische Seeschifffahrt sehr empfindlich, trotzdem verhalten sich die Reederei hartnäckig ablehnend gegen Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiter. Der neue Dampfer „Clyonic“, zurzeit das größte Schiff der Welt, wird auch am Mittwoch keine erste Reise nach nicht antreten können. Die Kohleneinnahme geht mit den neuen von auswärts eingeführten Kohlen nur langsam vor sich, und der Streik hat sich auch auf die Schiffsmanuskripten ausgebreitet. Die Streikenden sollen beschließen haben, die Abfahrt der „Clyonic“ unter allen Umständen zu vereiteln. Auch der „St. Paul“ und andere Dampfer erleiden infolge des Ausstandes Verzögerungen in ihrer Abfertigung.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß der Streik sich auf alle Häfen Englands ausbreitet, ja auf den Kontinent überträgt.

Amerika.

Die Präsidentschaft des Diktators Madero in Mexiko dürfte gefährdet sein. Sein Gegenkandidat General Reyes hat in einer öffentlichen Erklärung seine Kandidatur zu Gunsten Maderos zurückgezogen. Madero hat erklärt, falls er zum Präsidenten gewählt würde, werde er Reyes zum Kriegsminister, de la Barra zum Minister des Auswärtigen ernennen. Madero ist mit dem General Garibaldi und anderen revolutionären Generälen nach Cuernavaca zur Inspektion von Figueroas Scharnsee abgereist. Damit werden die Gerüchte über eine Fortdauer des Ausstandes im Süden hinfällig.

Anschlag Castro auf Venezuela. Der Abenteurer Castro kann die schönen Tage als Präsident der Republik Venezuela immer noch nicht vergessen und verläßt immer wieder zur Macht zu gelangen. Aus New Orleans wird berichtet, daß zwei von Gullspott abgelehnte Schiffe seien von Castro zur Kampagne in Venezuela ausgerüstet und mit vielen aus Mexiko entlassenen oder desertierten Matrosen bemannt worden. Gestern seien 2000 Gewehre fortgeschickt worden.

Kleine politische Nachrichten. In Berlin im Sportpalast ist gestern die Generalsammlung des Hansabundes eröffnet worden. — In Frankfurt hat sich am Sonntag ein Verband für internationale Verständigung konstituiert. — In Oberkurf (Wähnen) kam es bei einer Wählerversammlung zu Zusammenstößen zwischen Deutschnationalen und sozialdemokratischen Wählern. — In Paris haben die Sozialisten zwei abgeleitete Polizeipolizei in ihren Reihen einbetet und sie zur Unterstützung ihrer Kandidaten im Redaktionsrat der „Ökonomischen“ eine Partei eingepreist. — In der holländisch-afrikanischen Kolonie Tripolis wollen sich deutsche Wähler zur Wahlstimme entziehen. — Aus Sarabrit hat die streikenden Kanalarbeiter haben in Xeres (Spanien) sämtliche organisierten Arbeiter die Arbeit niedergelegt.

Soziales.

Münster, 13. Juni.

Enteignung.

Ueber die Enteignungsfrage machte am Bodenreformertag neulich der Professor Dertmann allgemein

interessante Ausführungen. Wie entnehmen denselben, besonders für unsere Leser, die Kommunalpolitik treiben, folgendes:

„Die Voraussetzungen der Enteignung sind durchweg zu eng; das bayerische Gesetz zählt die einzelnen Fälle, die eine Enteignung rechtfertigen sollen, auf. In Preußen und Sachsen ist zwar die Enteignung „auf Grund des öffentlichen Wohls zulässig“, aber in Preußen wird gleich hinzugefügt „für ein Unternehmen, dessen Ausführung die Ausübung des Enteignungsrechts erfordert“, und in Sachsen wird eine ähnliche Beschränkung hinzugefügt. In der Praxis werden diese Bestimmungen allerdings nicht so engrigig ausgelegt; es ist aber eine beachtliche Rechtspolitik, wenn man zur Verhütung einer engherigen Willkür der Enteignung wörtlich Schranken setzt, die tatsächlich aufrecht zu erhalten niemandem einfällt. Man soll vielmehr offen aussprechen, daß die Enteignung zur Beförderung eines Unternehmens einzig und allein davon abhängen darf, daß das öffentliche Wohl oder Interesse sie erfordert. Auch der Gegenstand der Enteignung muß für das Unternehmen erforderlich und notwendig sein. Daher gibt es kein Recht, die Enteignung auch auf das Festgrundstück oder gar auf benachbarte Grundstücke auszudehnen. Frankreich, Belgien und Holland kennen bereits die Zonenenteignung, das ist die Enteignung eines bebauungsbedürftigen Straßengeländes neben dem eigentlichen Straßengelände, also eine Enteignung, die zwar mit der Straßenanlage zusammenhängt, aber sich nicht auf das gerade zu diesem Zwecke notwendige Gelände beschränkt. Eine solche Zonenenteignung ist aber aus sozialpolitischen und ethischen Gesichtspunkten zu fordern, denn die Festgrundstücke oder Grundstücksfragmente bilden vielfach nur „Schlammstücke“. Weiter ist die Zonenenteignung auch vom finanziellen Standpunkt zu fordern, denn die Kosten der Straßendurchführung sollen möglichst durch den Wertzuwachs ausgeglichen werden, den die von ihr betroffenen Grundstücke zu erhalten verdrängen. Gerade die Nachbargrundstücke steigen im Wert unmittelbar auf Kosten der Gesamtheit, ohne jede Tätigkeit und ohne Verdienst des Besitzers. Das ist geradezu ethisch anstößig und deshalb ist auch in das Kommunalabgabengesetz aus der Riquieschen Zeit die Bestimmung aufgenommen: „Die Gemeinden können zur Deckung der Kosten für die Herstellung und Unterhaltung von Veranstaltungen, welche durch das öffentliche Interesse erfordert werden, von den Grundeigentümern und Gewerbetreibenden, denen hierdurch besondere wirtschaftliche Vorteile erwachsen, Beiträge zu den Kosten der Veranstaltung erheben. Die Beiträge sind nach den Vorteilen zu bemessen.“ In der Praxis hat sich diese Bestimmung als nicht durchführbar erwiesen, weil gerade diese Vorteile nicht genügend zu erfassen waren. Auch die Wertzuwachssteuer stellt nur einen kümmerlichen Anfang dar, den von der Gesamtheit geschaffenen Wert ihr auch zuzuschreiben. Wer kann dann dies nur durch die Zonenenteignung geschehen. Ein wirklicher Anfang mit ihrer Einführung in die Gesetzgebung ist nach der wästen Spekulation am Teilweisanal im Gehe vom 1. April 1905 betreffend die Herstellung und den Ausbau von Wassertrahen gemacht worden. Dort ist bestimmt, daß dem Staat an dem Kanal vom Rhein zur Weiser, an dem Anschlag nach Hannover, an dem Lippa-Rhein oder an einem der Zweigkanäle und Häfen dieser Schiffahrtsstraßen durch königliche Verordnung das Recht zur Enteignung solcher Grundstücke verliehen werden, deren Erwerb zur Erreichung der mit dem Unternehmen in Verbindung stehenden auf das öffentliche Wohl gerichteten staatlichen Zwecke erforderlich ist. Diefem Anfang werden hoffentlich weitere Bestimmungen zur Durchführung der Zonenenteignung folgen. Schließlich ist in hohem Maße auch das Enteignungsverfahren reformbedürftig. Auf dem ersten Deutschen Wohnungslongkong in Frankfurt lagte der preussische Finanzminister Dr. Vense, damals Oberbürgermeister in Barmen: „Man macht sich keinen Begriff davon, wie unheimlich hoch bei Enteignungen die Entschädigungen zugeprochsen werden, wie Werte zumunsten der Städte konstruiert werden, die sie durch ihre Maßnahmen erst geschaffen haben. Das Enteignungsgesetz mit seinen jetzigen Entschädigungsgrundlagen hat daher den Städten außerordentlich geschadet.“ Die künftigen, durch die Anlage erst hervorgerochten Wertsteigerungen werden zwar nicht angerechnet, aber durch die Erwartung dieser Wertsteigerung steigen die Preise und dieser spekulativen Preissteigerung tritt das Entschädigungsverfahren nicht genügend entgegen. Vielleicht könnte man bestimmen, daß nicht die Anlage, sondern auch schon eine vor dieser, aber in Erwartung der geplanten nach verlangte Kenntnis von ihrem bevorstehend eingetretene Wert- oder Preissteigerung außer Anfang zu bleiben hat. Ferner müßten, wie bei Festgrundstücken die eventuellen Nachteile vergütet werden müssen, auch die eventuellen Vorteile bei dieser Entschädigung in Anrechnung kommen. In den neueren Gesetzen von Württemberg, Binde und Sachsen ist das der Fall, in Preußen nach der Entscheidung des Reichsgerichts nicht. Diese Frage würde allerdings bei Einführung der Zonenenteignung gegenstandslos werden, da es dann Festgrundstücke nicht mehr geben würde. Zum Schluß betonte der Redner, daß das Reich ihm geeigneter Ergebnisse zur Inaugurierung einer großzügigen Reform der Enteignungsgesetze als die einzelstaatlichen Parlamente.“

Operette „Wider“. Auch die zweite Aufführung der Operette „Wolnische Wirtschaft“ hatte ein annähernd ausverkauftes Haus zu verzeichnen. Das Publikum amüsierte sich höchst, der Beifall war so bedeutend, daß verdiente Gesangsnummern wiederholt werden mußten. — Heute wird „Die deutsche Sujsanne“, morgen „Wolnische Wirtschaft“ gegeben; bis auf weiteres werden die beiden Stücke täglich mit einander ab. Kaufschiff ist verboten. Anfang 8 1/2 Uhr.

Wilhelmsbaven, 14. Juni.

Zur Beachtung für Fußrider. Der Verband der Wittmund erläßt folgende Polizeiverordnung: Auf Grund der Straßenzustand-Berordnung für die Stadt Wilhelmsbaven vom 1. Januar 1909 wird zu verbleiben nachstehende

vollständige Umordnung erlassen: Die mit Klinter neu geplannten Straßen dürfen für eine vom landräthlichen Hilfskomitee in Wilhelmshaven in jedem Falle zu bestimmende Zeit von Fahrwegen mit einem Zwangsrecht über 1500 Kilogramm nicht befreit werden.

Die Wilhelmshavener Spar- und Bauspargesellschaft hielt am Sonnabend im Verpflegungshaus eine außerordentliche Generalversammlung ab. Notwendig gewordene Statutenänderungen gaben den Anlaß dazu. Der Verein wünscht für die weitere Ausdehnung der elektrischen Lichtanlage in seinen Häusern von der Landesversicherungsanstalt Hannover ein Darlehen von etwa 200000 Mk. und für den Anschluß seiner Häuser an die neue Kanalisation und die Spülklosetranlage in denselben ein weiteres Darlehen von etwa 200000 Mk. Die Anstalt macht die Herabgabe der Darlehen von einer zuzügigen Sühnungsbüchse abhängig. Bisher bestimmte das Statut, daß für die Verteilung des Gesellschaftsvermögens für den Fall der Auflösung der Gesellschaft § 91 des Gesellschaftsstatutes maßgebend sein sollte, wonach das nach Tilgung und Deckung der Schulden verbleibende Vermögen unter die bei der Gesellschaftsaufstellung vorhandenen Gesellen verteilt werden sollte. Die Anstalt verlangt eine Aenderung dieser Bestimmung dahin, daß der nach Befriedigung der Gesellen in Höhe des Restwertes ihrer Anteile verbleibende Vermögensrest zu gleichmäßigen Theilen — und zwar vorzugsweise zu Arbeitslohnbeiträgen — zu verwenden ist. Dieser Aenderung der Satzungen stimmte die Generalversammlung zu. Es wurde dann noch mitgeteilt, daß nach einer Verfügung des Reichsversicherungsamts die Landesversicherungsanstalten den Bauspargesellschaften Darlehen auch bei Erfüllung der sonstigen Darlehensbedingungen nicht mehr unbedingbar bis zur völligen Abtragung durch verpfändete feutzugsfähige Abzahlungen geben dürfen, sondern daß höchstens eine bedingungslose zinsfreie oder eine für den Fall einer nach dem jeweiligen Geldmarkts eintretenden allgemeinen Erhöhung des Zinsfußes zu jeder Zeit widerrufliche 2 1/2% Unbedingbarkeit seitens der Anstalten bewilligt werden könnte.

Der Wallon „Nordsee“, hier beheimatet, ist auf seiner am Sonntag früh unternommenen Fahrt nachmittags 2 1/2 Uhr in Rothenburg o. d. Tauber ohne Unfall gelandet.

Aus dem Lande.

Karlsruhe, 13. Juli.

Schwarzer Tod. Des Kindesmordes angeklagt war die 20jährige Dienstmagd B. aus Odenkumer-Hammrich. Nach ihren Angaben hat sie aus Furcht vor der Schande das von ihr heimlich geborene Kind gleich nach der Geburt getödtet. In diesem Gerichtslande liegt eine Anklage gegen untere heutigen Rechtszustände der unehelichen Mutter gegenüber. Das Urteil lautete auf 2 Jahren Gefängnis.

kleine Mittheilungen aus dem Lande. Bei Westerkamerzell ist die Leiche eines 25-26jährigen Schiffers angetrieben. Die Leiche war bereits stark in Verwesung übergegangen. — Auf dem Zwickauer See landete am Sonntag ein mit zwei Personen besetztes Boot. Die beiden im Wasser getragenen Insassen wurden durch ein Wasserboot gerettet.

In aller Welt.

Der deutsche Rundflug, vom Flugpiloten Johannisthal ausgehend, hat viel Publikum nach dort gebracht, das mit gespannter Aufmerksamkeit die eingehenden Meldungen verfolgte. Vom Montag liegen folgende Berichte vor: Vaitich ist 10 Kilometer vor Magdeburg wegen Benzinmangels gelandet. Er geht heute Abend nach Magdeburg zu fliegen. Dr. Bittensien, der mit einem Passagier heute um 4 1/2 Uhr früh als letzter von Johannisthal abgehoben ist, machte um 1/7 Uhr wegen Stillstandes des Motors landen und ging bei Biegel bei Burg aus 800 Meter Höhe in Gleitflug glatt nieder. Dr. Bittensien wird die Fahrt fortsetzen, sobald er seinen Apparat repariert hat. Müller, d. r. gestern Abend nicht weit über Wamke hinaus kam, weil der Motor nicht funktionierte, ist auf dem Schwefelhofe von Stahnsdorf bei Berlin niedergegangen.

kleine Tageschronik. Mit einem Gewehr, das er beim Hause gefunden hatte, schloß in Wallhöfen (Gannover) ein zwölfjähriger Knabe ein dreizehnjähriges Mädchen, das am Saufe verweilte. — Der Romanistler Wolf Wilschütz ist im Alter von 74 Jahren in seiner Vaterstadt Kostel gestorben. — Vier auf Urlaub befindliche Interoffiziere wollten von Tschana nach Gortzen (Schwaben) fahren. Das Boot sank um drei Mann ertranken. — Durch die herrschende Hitze glaubte sich der vierjährige Lehner in Wallhöfen verbrannt. Er verlor die Schilmsch. — Die große Leinwand und Scherleichte von 66. Jährlich am Teptomer Markt bei Berlin wurde Sonntag früh durch ein gewaltiges Feuer zerstört. Der Schaden beträgt umfähr 1 Mill. Mark. — Bei einem Schußwunde bei Wien ist Sonntag der flieger Wierenthal abgeführt. Er war sofort tot.

Neueste Nachrichten.

Magdeburg, 13. Juni. Der flieger Karl Müller stürzte 300 Meter vor dem Ziele mit seinem Apparat zur Erde. Er wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Briegnitz, 13. Juni. Ueber ganz Schlesien brachte die letzte Nacht eine empfindliche Kälte. Im Riesengebirge sank das Thermometer unter den Gefrierpunkt. Auf den Gebirgsflüssen liegt Schnee. Stellenweise sind die Kartoffelstübe und andere empfindliche Pflanzen erfroren.

Essen, 13. Juni. Ein Bauerngutbesitzer hat sich unvorsichtigerweise auf der Jagd erschossen.

Wien, 13. Juni. Wie aus Wien gemeldet m. d. ist

dem preussischen Landtagsabgeordneten Dr. Liebnecht, der gestern und vorgestern in mehreren Wählerversammlungen gesprochen hatte, von der politischen Behörde nahegelegt worden, die agitatorische Tätigkeit einzustellen. Dr. Liebnecht ist daraufhin nach Berlin abgereist.

Paris, 13. Juni. Die Finanzkommission des Senats wählte an Stelle Rouviere den Senator Biennens Martin zum Vorsitzenden.

Petersburg, 13. Juni. Eine neue Maßregel gegen die Juden hat der neue Oberprokurator des heiligen Synods ausgehebt. Er hat dem Minister des Innern mitgeteilt, der Synod halte es mit dem Standpunkt der russischen Kirche unvereinbar, daß Juden christliche Namen tragen. Infolge dessen ist ein entsprechendes Verbot an alle Rabbiner sowie an die geistlichen Behörden erlassen worden.

Madrid, 13. Juni. Meldungen aus Larrañaga zufolge ist die von Larrañaga aufgeborene spanische Abtheilung unter dem Kommando des Hauptmanns Dello in Elkar eingetroffen und hat dort ein Lager bezogen. Wie aus Langer telegraphiert wird, hat der Vorkampf von Elkar bei Rañali und Gebdas gegen die Entlassung spanischer Truppen nach Elkar Einspruch erhoben.

Gleichzeitig mit den Meldungen von den bevorstehenden neuen Operationen in Marokko kommen Berichte über das Wiederaufleben der gegen jede Marokkoexpedition gerichteten antimilitaristischen Agitation. In Sevilla wurde ein Hotelkellner in dem Augenblick verhaftet, als er ein aus Frankreich kommendes Postpaket mit antimilitaristischen Flugblättern in Empfang nahm. In der Puerta del Sol im Centrum Madrids wurden gestern abend ebenfalls Patente mit antimilitaristischen Flugblättern gefunden.

Newyork, 13. Juni. Im Kongreß ist eine Resolution eingebracht worden, die die sofortige Verfolgung der Vetter des Tabakrukes fordert.

Mexiko, 13. Juni. In Torreon sind während des Ausstandes der Bergarbeiter eine Anzahl Chinesen getödtet worden. Der chinesische Geschäftsträger in Newyork forderte für jeden Getödteten eine Entschädigung von 50000 Dollar. Außerdem im Ganzen eine Million Marzialkaderer.

Weiterbericht für den 14. Juni.

Ziemlich kühl und trübe, schwachwindig, verwehtes Regensfälle. Beranntwort. Redakteur: G. Meyer in Bielefeld. Verlag von Carl Duss. Relationsdruck von Carl Hug & Co. in Bielefeld.

Dies zu einer Beilage.

Al. Edhaus

an der Vanstraße, mit Einfahrt und großem Garten, passend für jedes Geschäft, zu verkaufen. Käufer wohnt frei und kann noch für 850 Mark abvermieten. Kaufpreis 15000 Mark, Anzahlung 2000 Mark.

Günstige Gelegenheit!

Restaurant nebst Stiehbierhalle, sowie Gasthof mit Stallung für 45 Pferde soll umständehalber an einen tüchtigen streblamen Wirt bedeutend unter dem Taxat verkauft werden. Käufer wohnt frei und ist von keiner Brauerei abhängig. Biermäßig ist monatlich 25 bis 30 Fektoliter.

Bäckerei

mit Kolonialwaren-Geschäft in der schönsten Umgebung von Wilhelmshaven mit einer täglichen Kaffe von 80 bis 100 Mk. soll wegen anderweitigen Unternehmens für den Preis von 18000 Mk. verkauft werden. Näheres durch Gerhard Eden, Wültingen I, Böhrentstraße 35.

Kaufgesuch.

Ich suche im Auftrage für mehrere gute Käufer handgüter, Hotels, Restaurants sowie Wohn- u. Geschäftshäuser und Banplätze für die und auswärts. G. Eden, Hausmutter in Bant, Böhrentstraße 35.

Eine Hauswartstelle

gegen dreitägige Wohnung, sowie Vergütung um 1. Juli oder 15. Aug. zu vergeben. Offerten u. Z. P. 18 an die Exped. d. Bl. erbeint.

Zigarren-, Papier-, Schreib- und Galanteriewaren-Geschäft

preiswert zu verkaufen. Off. unter „Geschäft“ an die Exped. d. Bl.

DR. OETKER'S Pudding. aus Dr. Oetkers Puddingpulver zu 10 Pfg. ist eine wohlgeschmeckende und billige Nachspeise. Für Kinder gibt es wegen seines reichlichen Gehaltes an phosphorsaurem Kalk nichts Besseres!

5 mal 100000 Teufel nicht, sondern 500000 qm Einshubpappe à qm zu 8 1/2 Pf., bei Bezug von ca. 500 Rollen à qm 8 Pf.

A. Geithner, Dachdeckermeister, Noonstraße 43 — Telephon 570.

Unentbehrlich im Haushalt ist Dr. Thompson's SEIFENPULVER. 1/2 Pkg. 15 Pfg.

Oldenburg. Bringt den weiten Parteilgenossen meine Schuhmacherei mit Reparatur-Werkstatt in empfehlende Erinnerung. Wilh. Gerdes, Schuhmacher, Neßkerstraße 7a, gegenüber dem Vereinshaus.

Empfehle schöne frische Grasbutter. — Pfd. 1,15 Mk. — bei Abnahme von 5 Pfd. 1,10 Mk. Z. Fokkers, Wültingen, Ecke Jodelius- und Pankstraße. Fast neues Herren-Bad und ein moderner Spiegel mit Stufe wegen Platzmangel billig zu verkaufen. Grenzstr. 21, part. Seiteneing.

Ihr Fahrrad muß unbedingt repariert werden, bringen Sie Ihr Fahrrad auf dem schnellsten Wege zur Reparatur nach W. Ballach, Tonnenstraße (beim neuen Wallerturm).

Mittwoch abend 6 Uhr eintreff. Bratschellisch 15 Pf. Mittel- u. großer Schellfisch 25 Pf. Schollen 18 Pf. Garfischcarbonade 28 Pf. Kaviar, Seelachs, ohne Kopf 12 Pf. Feinste Vollheringe 20 Pf. E. Feidhosen, Nordsee-Fischhalle, Wültingen, Böhrentstr. 1. Tel. 709.

Zu verkaufen ein Kleiderschrank, zerlegbar, für 30 Mk., Bettstelle mit Kissen und Rahmen 25 Mk., Schreibtisch für 16 Mk., Tisch mit Rollen für 7 Mk., Spiegel mit Spiegelschrank 30 Mk., Kommode, so gut wie neu, für 13 Mk. C. Heilemann, Wilhelmsh. Straße 80.

Zu verkaufen zwei schwarz-weiße Entknochen Trommelkasten. Neemtoma, Wilhelmshaven, Str. 18.

Bürgerverein Schortens. Einladung zu dem am Sonntag den 18. Juni stattfindenden Sommerfest bestehend in Kinderbelustigung, Konzert und nachfolgendem Ball im Lokale des Hrn. Fohs, Schortens. Koralle und sonstige Buben sind am Plage. Antritt der Kinder um 1 1/2 Uhr nachmittags. Entree 20 Pf., Tanzband 1 Mk. Die Bürger von Schortens werden höflich gebeten, durch Ausschmückung das Fest zu verschönern. Das Festkomitee.

Kaufe jeden Posten gebrauchter Möbel auch nehme solche auf neue in Zahlung. C. Heilemann, Wilhelmsh. Straße 80.

Deutsche univ. Salaria-Fahrer auf Wunsch Teilszahlung 1. Anzahlung 20 Mk., 20 Mk. Anzahlung 2-10 Mk. monatlich. J. Jendrosch & Co., Charlottenburg No. 10.

Zu verkaufen komplette Schlafstuden-Einrichtung, dunkel, neuer Eisschrank, Teelen, Schloß, Geramstraße 74.

Zu verkaufen ein kleiner Handwagen, eine kleine Waage mit Gewicht und Waage. Wültingen, Grenzstr. 84, part. r.

Kinderwagen billig zu verkaufen. Mellumstraße 11, 2. Et., W.

Variété Adler
Operetten-Gastspiel.
Direktion Gustav Michels.

Heute Dienstag:
Die keusche Susanne.

Mittwoch den 14. Juni:
Polnische Wirtschaft.

Donnerstag, 15. Juni:
Die keusche Susanne.

Freitag den 16. Juni:
Polnische Wirtschaft.

Rauschen verboten.
.. Anfang 8 1/2 Uhr. ..

Hausfrauen prüft die Original-
Oldenburger Süßrahm-Margarine

Weserruhm . . . gleicht feinsten Molkereibutter
ges. gesch.

Wesergold . . . Ersatz für feinste Landbutter
ges. gesch.

sowie die in jeder Hinsicht erstklassige
Pflanzenbutter-Margarine Delmawa ges. gesch.
Naturbutter, von frischer kaum zu unterscheiden.

Diese Marken sind von **bisher nicht gekannter Güte** und jetzt fast überall käuflich.
Verlangen Sie deshalb beim Einkauf nur die Original- Oldenb. Süßrahm-Fabrikate der
Delmenhorster Margarine-Werke
H. Petersen & Co. m. b. H., Delmenhorst, Tel. 70.

Tonndeicher Hof.
Heute Mittwoch:
Große Tanzmusik.
Hierzu ladet ein H. Woldmann.

Volksküche in Rüstringen
Mellnstraße.
Mittwoch: Weiße Bohnen m. Rindfleisch.
Eine Schneider-Maschine
(Pfaff), die tadellos näht, ist sofort
billig zu verkaufen.
W. Koch, Rüstringen, Petest. 24.

:: Siebethsburger Hof ::
Neuender Kirchweide.
Mittwoch den 14. Juni, abends von 8 Uhr ab:
Großes Garten-Konzert
verbunden mit feuchter Beleuchtung.
Hierzu ladet freundlichst ein **W. Heinken.**
Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Lokale statt.

Reklame ist überflüssig

Unser Walküren-Stiefel spricht
für sich selbst. — Der **beste Stiefel** für
Herren, Damen und Kinder.

**Alle Formen! Alle Lederarten!
Alle Preislagen!**

Trost & Wehlau
Schuhmachermeister,
Wilhelmsh. Strasse 70. Bismarckstr. 95.

B.v.d. Ecken
Bismarckstrasse 97.

 **Kinderwagen**
 **Sportwagen**
in
größter Auswahl

B.v.d. Ecken
Bismarckstrasse 97.

Oldenburg.
Sonntag d. 18. u. Montag den 19. Juni 1911
auf dem Festplatz
bei der Tonhalle in Osterburg:
17. Gewerkschaftsfest

Programm des Festes:
Sonntag den 18. Juni, morgens: Abholen der auswärtigen
Festteilnehmer vom Bahnhof.
Von 2 Uhr nachm. ab: Konzert im Vereinshaus, Reitenstr.
Nachm. 2.30 Uhr: Aufstellung zum Festzuge d. Vereinshaus.
Nachm. 2.45 Uhr: Festzug durch die Stadt zum Festplatz.
Daneben Festrede, gehalten von Herrn
Redakteur Wagner, Braunschweig.

Darauf Beginn des Volkes, Gesangsvorträge,
sowie turnerische Aufführungen.

Entree zum Festplatz für heilige Herren 20 Pf., für
Damen 10 Pf., für auswärtige Herren 50 Pf., wofür freier
Lanz, für auswärtige Damen 10 Pf.

Die **Verpachtung der Außenplätze** findet am
Mittwoch den 14. Juni, nachmittags 4 Uhr statt. Die
Leinwandplätze sind vergeben.

Zu diesem Feste ladet freundlichst ein
Das Gewerkschafts-Kartell.

Der Fischverkauf am Hasen
beginnt **Mittwoch** früh und dauert bis
1 Uhr mittags, nachmittags von 4—7 Uhr.
Allerbeste Ware in allen Sorten.

Sehlfisch, groß, 18, 20, 25 Pf., mittel und kleine 15, 18, 20 Pf.
Schollen 20, 25 Pf., Rotzungen 20, 25 und 30 Pf., Carbonade 25 Pf.
Seelachs, Rablani 15 Pf.

Achtung! Achtung!
**Ueber die Kornbranntwein-Brennerei und
Presshefe-Fabrik A.-G. zu Leer**
ist die Sperre verhängt wegen Maßregelung
organisierter Arbeiter und dem Versuch, nur
Unorganisierte zu beschäftigen.
Hoch die Solidarität!
Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter.
Trauerbriefe etc. fertigt an Paul Hug & Co.

Kartellkommission.
(Rüstringen-Wilhelmshaven).
Donnerstag den 15. d. Mts.:
Sigung bei Halweland.
Dieselbe beginnt pünktlich 8 Uhr.
Der Vorstand.

.. Deutscher ..
Holzarbeiter-Verband
Zahlr. Rüstringen-Wilhelmshaven.
Mittwoch den 14. Juni
abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder = Versammlung
bei Halweland, Orenster, 38.
Pünktliches und zahlreiches Er-
scheinen der Mitglieder ist wegen
wichtiger Tagesordnung notwendig.
Die Ortsverwaltung.

Nordenham.
Verband der Bauarbeiter.
Donnerstag den 15. Juni,
abends 8 Uhr:
Versammlung
bei Dullmann, Einswarden.
Zahlreiches Besuch der Mitglieder
erwünscht.
Der Vorstand.

Oldenburg.
Achtung!!
Auf der Liste der Volksblatt-
Abonnenten ist unter „Barbiere“
Nr. 13 zu streichen!
Die Ausgabestelle.

**Ostfriesen-Verein Heppens
und Umgegend.**


Nachruf!
Am 12. d. Mts. verschied
nach kurzer Krankheit unser
Landmann, der Werkstarbeiter
Lübbo Aden
im 33. Lebensjahre. Wir ver-
lieren in demselben einen pflicht-
treuen Landmann und werden
ihm stets ein ehrendes Andenken
bewahren.

Der Vorstand.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag den 15. d. Mts.,
nachmittags 3 Uhr, vom Werk-
frankenbause aus auf dem
Heppenser Friedhofe statt.
Die Landsleute ver sammeln
sich um 2 Uhr beim Wirt
Delena.

Bürgerverein Heppens.


Nachruf!
Am Montag den 12. Juni
fiel nach kurzer schwerer Krank-
heit unser Vereinsmitglied
Lübbo Aden
im Alter von 33 Jahren. Der
Verein wird ihm stets ein ehren-
des Andenken bewahren.
Rüstringen, 13. Juni 1911
Der Vorstand.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag den 15. Juni, nach-
mittags 3 Uhr, v. Werkfranken-
bause aus statt.

Sitzung der Stadtvertretung von Rühringen.

Rühringen, 13. Juni.

Der Stadtrat tagte gestern im Rathaus I und erledigte in fast fünfständiger Sitzung die reichhaltige mitgeteilte Tagesordnung wie folgt:

1. Erwerb eines Grundstückes für Bureauzwecke. In zweiter Lesung beschloß der Stadtrat das ehemals Hoffische Haus in Kopperhöden, in dessen Erdgeschoss bisher eine Wirtschaft mit dem schlingelnden Namen „Bergheimmüch“ betrieben wurde, zu erwerben. In die unteren Räume, die sich ganz vorzüglich dazu eignen, soll die Kämmerei-Kasse und das Ständesaal verlegt werden.

2. Sparkassenstatut. Gleichfalls in zweiter Lesung wurde das Sparkassenstatut mit einer kleinen Veränderung, wonach der aus sieben Personen bestehende Vorstand nicht mit drei, sondern erst mit vier anwesenden Mitgliedern beschlußfähig sein soll, angenommen.

3. Ortsstatutenrat. Dasselbe wurde in erster Lesung angenommen. Etwalige Änderungen sollen erst in der zweiten Lesung vorgenommen werden.

4. Baupolizeiordnung. Dieses umfangreiche Statut, das in der Vorberatung durch das Bauamt und den Verwaltungsausschuß eine Anzahl materieller und redaktioneller Änderungen erfahren hat, wurde in erster Lesung en bloc angenommen mit dem Vorbehalt, daß etwaige Änderungen zur zweiten Lesung beantragt und beschloßen werden sollten. Es wurde dabei der Magistrat ersucht, so umfangreiche Materialien den Stadtratsmitgliedern früher zugehen zu lassen, wie es in diesem Falle geschieht. Doch wurde anerkannt, daß der Magistrat sich in einer Zwangslage befinden habe.

Das gleiche galt von den Bestimmungen über den Bauarbeiterlohn. Diese, bisher ein integrierender Teil der Baupolizeiordnung, sollen für sich ein Statut werden. Der Entwurf war dem Magistrat und dem Verwaltungsausschuß von der Bauarbeiterkommission erst am Freitag vorgelegt worden und mit wenigen Änderungen an den Stadtrat gelangt. Auch dieses wurde mit dem gleichen Vorbehalt in erster Lesung beschloßen. Vor der zweiten Lesung soll der Verwaltungsausschuß sich mit den eingegangenen Änderungsanträgen befassen.

5. Polizeiverordnung für die Wohnungsinspektion. Diese erhielt nach kurzer Debatte die Zustimmung des Stadtrates.

6. Statut für das Abfuhrwesen. Der Entwurf lag zur ersten Lesung vor und war ebenfalls vom Verwaltungsausschuß vorberaten worden. Derselbe bringt für den Teil der Stadt Rühringen, der früher die Gemeinde Bant ausmachte, die einschneidende Veränderung, daß die Kosten dafür in Form von Gebühren von den Hausbesitzern erhoben werden. Es entspann sich darüber eine lebhafte Debatte. Mit einigen Änderungen wurde das Statut in erster Lesung angenommen.

7. Verschiedenes. Darunter wurde zunächst beschloßen, den Herrn Bürgermeister Lutken zum Generalwärtner zu wählen. Ferner wurde zum Armenvater für den Bezirk Grenzstraße-Kopperhöden der Schloffer Häbner gewählt. Weiter drauftragte der Stadtrat den Magistrat, den Prozeß in der Schadenersatzlage des Fuhrmanns Pieperjohanns zu führen. Dessen Verbleib sind seinerzeit durch herabgesetzte Tröhle des Leitungsnetzes unserer elektrischen Beleuchtungsanlage getrübt worden. Da er gegen Haftpflicht versichert ist für solche Fälle, die Stadtverwaltung aber auch, so soll das Gericht entscheiden, welche Versicherungsanstalt zahlungspflichtig ist. — In dem erworbenen Verwaltungsgebäude in Kopperhöden soll eine Spüllostanlage ausgeführt werden, wozu der Stadtrat die Summe von 500 Mark

bewilligte. — Desgleichen bewilligte er auch den Betrag von 400 Mark für die elektrische Beleuchtungsanlage in der neuen Turnhalle. — Sodann wurden einige Straßensachen, die ein allgemeines Interesse nicht haben, erledigt. — Der Stadtrat beschloß entsprechend dem Antrage des Magistrats, die Summe von 160 Mark zu bewilligen, um auf dem von der Firma Doornkaat der Stadt überlassenen Platz am „Friedrichshof“ einen Kinderspielplatz zu errichten.

Einem Gesuche entsprechend beantragte der Magistrat, den beiden Heppener Baugenossenschaften die Baugebühren von drei auf ein Prozent zu ermäßigen. Der Stadtrat lehnte nach einer lebhaften Debatte den Antrag ab.

Einem Privatmann, der wohl einen Bauplan eingereicht, den Plan aber nicht ausgeführt hat, wurde die Hälfte der Gebühren erlassen.

Zum Gemeindegeld, der am nächsten Montag in Jever stattfindet, beschloß der Stadtrat neben dem Magistrat ein Stadtratsmitglied und zwar den zweiten Vorliegenden des Stadtrats, Herrn Andres, zu entsenden.

Um eine ordnungsmäßige Abänderung der Schafböcke im Rühringer Bezirk zu ermöglichen, beschloß der Stadtrat, Rühringen dem Jeverischen Rühringbezirk und damit dem Jeverischen Schafzuchtverein anzuschließen. Der Zweck dieses Vereins ist ein gutes kreisliches Milchgeschäft zu machen.

Der Bürgermeister teilte mit, daß der Baukontrollur einige der größten Mängel in der Ausübung des Bauarbeiterlohnes als unrichtig erklärt habe, und den Stadtrat bitte, von der Erklärung Kenntnis zu nehmen. Aus dem Stadtrat heraus wurden die größten Mängel als vorhanden bezeichnet und der Wunsch ausgesprochen, daß die in den letzten Jahren vernachlässigte Bauarbeiterkontrollur wieder so genau wie früher ausgeführt werden möge, dessen Erfüllung vom Bürgermeister verpöblich wurde.

Eine lebhafte Diskussion entspann sich noch über die Badeanlagen am Heppener Groden, als aus dem Stadtrat heraus der Wunsch ausgesprochen wurde, es möge dortselbst doch ein Freibad oder ein Familienbad mit geringem Entgelt errichtet werden. Der Bürgermeister teilte mit, daß das Freibad wie es früher am Heppener Groden bestanden habe, gerade abgetrieben des Stadtrates beseitigt worden sei. Ein billiges Familienbad sei bei der jetzigen Anlage vorgesehen. Durch die Vorarbeiten des Deichverbandes könne von der fast kostenlosen Errichtung der Badeanlagen nicht die Rede sein. Die Gebühren müßten doch so sein, daß man daraus das hineingesetzte Kapital wenigstens verzinst bekomme. Die Befürchtung, daß das geplante billige Familienbad zu klein sei, teilte er nicht, treffe die Befürchtung zu, dann könne man ja noch immer vergrößern. Die Anlage müßte aber einen guten Eindruck machen, das sei immer verlangt worden, dann folgte sie aber Geld. Ein Freibad, wie es früher am Groden gewesen sei, könne da wegen der Vorarbeiten des Deichverbandes nicht mehr errichtet werden. Soll ein solches errichtet werden, dann müsse es am Kästlerfelder Groden geschehen. Damit war die Befragung erledigt. Weiter beschäftigte sich der Stadtrat mit der Ergänzungswahl einiger Schöpfungsmitglieder. Man kam nach einer Aussprache überein, daß man die Ergänzung dem Schöpfungsausschuß überlassen solle.

Zum Schluß provozierte das Stadtratsmitglied Rechtsanwalt Koch eine Diskussion über die Verlegung der Erholungs- und den Sitzungen des Stadtrates wie zur Vertretung des Stadtgebietes. Darin wurde man sich einig, daß eine diesbezügliche Bestimmung des Gesetzes über die Bildung der Stadt Rühringen mit den Bestimmungen der Gemeindeordnung kollidiere und Zweifel über die Auslegung vorhanden seien. Der Herr Bürgermeister teilte mit, daß der Magistrat darüber an das Ministerium berichtet habe und

von diesem eine authentische Auslegung der in Frage kommenden Bestimmungen erwarte. — Damit war die Aussprache beendet und trat Schluß der Sitzung ein.

Gewerkschaftliches.

Der Streik der Wäschearbeiterinnen in Bremen beendet. In drei Wäschereien legten in der vorigen Woche die Arbeiterinnen wegen Nichtanerkennung der gestellten Forderungen die Arbeit nieder. Die größte Firma gab aber schon nach dreieinhalbwöchigem Streik nach, die verlangte Lohnerhöhung wurde gänzlich bewilligt. Die Arbeit wurde noch am Tage vor Pfingsten wieder aufgenommen.

In einem weiteren Betriebe wurde eine Lohnerhöhung von zehn Prozent durchgesetzt. Die Arbeit wurde am 6. Juni wieder aufgenommen. Bei den anderen Firmen konnte nur eine Erhöhung von fünf Prozent erreicht werden; es hatten sich einige Arbeitswillige gefunden. Als Ganzes können die Wäschearbeiterinnen mit dem Abschluß zufrieden sein; war es doch das erste Mal, daß die Arbeiterinnen, gestützt auf ihre Organisation, eine Verbesserung durchzuführen konnten. Vor einigen Jahren noch versuchten sie, als Unorganisierte, Verbesserungen durchzuführen, doch gingen die wilden Streiks jedesmal verloren.

Es wäre zu wünschen, die Wäschearbeiterinnen der übrigen Orte kämen auch bald zu der Einsicht, daß sie sich dem Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter anschließen, denn an allen Orten werden die Arbeiterinnen geradezu jämmerlich einloht.

Um das Koalitionsrecht der technisch-industriellen Beamten. In den Bergmann-Gesellschaftswerken zu Berlin sind mehrere technische Beamte gemahregelt worden, weil sie versuchten, durch Verhandlungen mit der Firma bessere Arbeitsbedingungen für die Beamten herbeizuführen. Eine von 1500 technischen Beamten besetzte Versammlung protestierte Freitag abend gegen die Mahregelungen, die erkennen ließen, daß die Firma sich in Widerspruch zu ihren Erklärungen gegenüber der Stadt Schöneberg nicht schere, ihre Angehörigen am Gebrauch des Koalitionsrechts zu hindern. Das rücksichtslose Vorgehen der Firma mache es allen Angehörigen zur Pflicht, die Kollegen bei den Bergmannswerten in ihrem schweren Kampfe zu unterstützen. Von Staat und Selbstverwaltungskörpern erwarten die Versammelten, daß sie der Firma keine Aufträge geben, wenn nicht Garantien geboten werden, daß die Angehörigen in keiner Weise am Gebrauch des Koalitionsrechts gehindert werden.

Stieg der Rainiger Schloffer. Die Rainiger Schlofferinnung bewilligte die Forderungen der Fellener. Der neue Tarif läuft bis 1914.

Die Parfeschleimer in Augsburg haben mit den Unternehmern einen Tarifvertrag abgeschlossen, der neben sonstigen erheblichen Verbesserungen, wie Festsetzung eines Minimallohnes, Garantie des Tagelohnes bei Unfortdauer, Jahrentschädigung usw. eine Lohnerhöhung bis zu 30 Prozent mit sich bringt. Die Augsburger Parfeschleimer sind sämtlich im deutschen Holzarbeiterverband organisiert, so daß es die Unternehmer nicht erst auf eine Kraftprobe ankommen ließen.

Aus dem Lande.

Jever, 13. Juni.

Die Gewalt über seine Pferde verlor auf der Wangerländischen Chaussee am Sonntag ein Landmann und kam es zu einem Zusammenstoß mit einem anderen Wagen. Beide Wagen stürzten um und wurden beschädigt. Die Insassen beider Wagen flohen auf die Straße und erlitten Verletzungen. Ein Mann mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Marie, die Strohflechterin.

Ergählung aus dem Lande des Antonius Freidurg.
Von P. Griebert. Deutsch von Ferdinand Thies.
(15. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Können Sie uns nicht etwas helfen?“ fragte die Strohflechterin.

„Ich würde es sicher sehr gerne tun, habe aber anderes zu schaffen.“

„Wenn Simons Waise hier wäre, hätten Sie's nicht so eilig.“

„Ihr müßt doch immer das letzte Wort haben. Aber ich will gehen, um Euch beiden die Freiheit zu lassen, euren gerechten Herzen Luft zu machen. Geht! Abends komme ich die Garden zu holen.“

„Waschen Sie sich keine Sorgen wegen ihrem Stroh“, fügte er hinzu, sich zu Marie wendend, „ich fahre es Ihnen vor's Haus.“

„Aber das würde Ihnen doch zu viel Mühe machen. Meine Mutter und ich, wir können es auch mit der Tragbahre oder dem Karren holen.“

„Ich muß doch zur Wähe, um einen Sad Mehl zu holen, das geht auf einem Wege hin. Also ich komme, auf Wiedersehen!“

Die beiden jungen Mädchen besaßen sich mit ihrer Arbeit und lehrten dann ins Dorf zurück.

„Ich sehe es so gern, wenn der Rauch über den Häusern emporsteigt“, sagte die Strohflechterin. „Dieser Rauch ist eine Art Willkommen in den Augen des ermüdeten Landmannes. Er kündigt ihm an, daß die Suppe auf ihn wartet.“

„Ja, es ist ein wahres Vergnügen, zu denken, daß man nach getaner Arbeit noch eine Stunde vor sich hat, wo man sich keinen Zwang anzutun braucht.“

„Besonders, wenn man wie du den Liebsten erwarten kann.“

„Mein Gott, das kommt im Leben auch nur einmal vor. Besser ein wenig spät als zu früh. Die schönsten Tage kommen auch für dich, aber sie schwinden nur zu bald, wie alles in der Welt, was einem lieb und wert ist. Darum Geduld, du bist ja noch sehr jung.“

„Oh, ich habe mich ja nicht zu beklagen, so lange mit meiner Mutter bleibt, aber man kann ja auch zu dreien glücklich sein.“

„Ohne Zweifel, aber ich frage mich manchmal, was schöner ist, die Fröhlichkeit und Sorglosigkeit der Jugend oder die Freuden und Leiden der Familie. Indem ich Frau werde, möchte ich doch Mädchen bleiben.“

„Ja, sicher, es muß schön sein, so ohne Sorgen dahingleben zu können. Welche Qual, stets um den morgenden Tag sorgen zu müssen. Das raubt den Schlaf und mit zwanzig Jahren schläft man doch so früh. Ich habe oft bemerkt, daß die lustigsten Mädchen ihre Mutterzeit verloren haben, sobald sie Frauen geworden sind. Das wirkt nicht ermutigend.“

„Jedes Alter hat seine Freuden und Leiden; wenn man wie ich keine fünfundsiebzig Jahre zählt, da hängt einem der Himmel nicht mehr voller Wohlgeigen wie mit sechzehn Jahren.“

„Ja, wenn man dann sagen könnte, etwas vom Leben gehabt zu haben“, sagte die Strohflechterin mit einem Seufzer hinzu.

Der traurige Ton, mit dem Marie dies sagte, erinnerte ihre Gefährtin an die Familienverhältnisse des jungen Mädchens. Wenn Leos Schwester auch nicht ganz von dem in der Bevölkerung vorherrschenden allgemeinen Vorurteil befreit war, so konnte sie dem armen Stroh, das so bescheiden sich zeigte, ihre Sympathie nicht verweigern. Sie schloß sich

gerührt, ohne es zu wollen, und um Marie nicht weh zu tun, zog sie es vor, das Gespräch abzubrechen.

Sie waren an dem Hüpfweg angelangt, wo Marie den Weg zu ihrem Hause einfliegen mußte.

„Ich hoffe, daß du öfter uns besuchen wirst“, sagte Leos Schwester. „Ich glaube nicht, daß Leo darüber mißvergnügt sein würde.“

„Besten Dank für die Einladung“, antwortete die Strohflechterin mit dankbarem Blick. „Du bist recht freundlich. O nein, Leo hat uns schon mehr als einen Dienst erwiesen.“

„Grüße mir deine Mutter!“

„Danke schön für die Aufmerksamkeit, werde es ausrichten. Guten Abend!“

„Es ist wirklich ein recht liebes Mädchen“, sagte sich die hoffnungsvolle Braut. „Nur schade, daß sie einen solchen Vater hatte.“

Marie dachte auf dem Heimweg noch an Leo. Die Aussprache mit dessen Schwester besänftigte sie in ihren Hoffnungen. Mit einer kaum zu bemerkenden Ungeduld erwartete sie nach dem Abendessen den jungen Mann.

Endlich kam er. Marie eilte hinaus, um ihm beim Abblenden behilflich zu sein und lud ihn hierauf ein, in das Haus zu treten. Aber Leo lehnte ab; es könne nicht gut sein, das Pferd allein zu lassen. Und doch zeigte das Tier eine bewundernswerte Geduld, denn die Liebenden unterhielten sich mindestens eine Viertelstunde, ohne daß es daran dachte, sie zu fressen, trotz des „Ho! Ho!“ welches Leo von Zeit zu Zeit demselben mit Unrecht zurief.

Da es schon spät war und die Witwe sich unmöglich noch in die Unterhaltung mischen konnte, entschied sich Leo, nach Hause zurückzufahren, indem er Marie noch empfahl, dem Hexenmeister, wenn er kommen sollte, in der schaffsten Weise entgegenzutreten und besonders acht zu geben, daß die Schwäche ihrer Mutter den Feldausplan nicht durchkreuze.

Photogr. Ateliers
Lilly Teptmeyer
Hans Metz 1

Putz-u. Modewaren
E. Esmerier
Geschw. Freudenthal

B. Lufden
Bant-Wilhelmshaven

Hch. Vosteen
Sophie Siebje

Empfehlensw. Rest
Alf. Heideberg

Banter Bürgergarten
Banter Schülerverein

Bierbrauerei
Bürgerhalle

Decker's Mühlentisch
Flora

Jeverländischer Hof
Haffelhaus Lillienburg

Empfehlensw. Rest.
Café Schulz
L. Löwenstein

Alb. Michel
Höfel
Hof von Oldenburg

Sadowasser's Trovill, Heppens
Otto Torgow

Vier Jahreszeiten
Hörklose

Alf. Heideberg
Augustin

Banter Bürgergarten
Banter Schülerverein

Bierbrauerei
Bürgerhalle

Decker's Mühlentisch
Flora

Jeverländischer Hof
Haffelhaus Lillienburg

Empfehlensw. Rest.
Seemannshaus
Franz Senf

Johs. Senf
Tivoli

Schirme u. Sätze
Louise Blomack

G. Stockhän
Schuhmach. Bedarfsartikel

Schuhwaren
Gerh. Borchsen

Jul. Friedrichs
J. Hoffmann

Jenssen's Schuhwarenhaus
M. Kaufmann

H. F. Schmidt
H. Sieckmann

Trost & Wehlan
M. Behr

Schuhwaren
Hans Bartels
Geop. Goldschmidt

Paul Friedr. Schöder
L. Gerdes

G. Grotzsch
T. F. Damm

G. Borries
C. Husen

Ludwig von Hagen
Aller Arten Schuhwaren

Frd. Meyer
Schuhbesohlenst.

W. v. Soosten
Blitz

Schreibwaren
Alfred Budden

A. Eden
W. Paapmann

Schreibwaren
Heinr. Flitz
Bern. Köster

H. Rüdelsberg
J. Egberts

Stahl-, Eisenwaren
J. Egberts

B. Grashorn
H. H. Rüdelsberg

Johannes Stöcker
Ludwig von Hagen

Aller Arten Schuhwaren
Frd. Meyer

Schuhbesohlenst.
W. v. Soosten

Schreibwaren
Alfred Budden

A. Eden
W. Paapmann

Uhren, Goldwaren
J. Toben
Otto Trautwein

B. Steinfeld
Wilh. Wieting

Johann Witt
F. Schwarzt

H. Mosel
Variétés

Variété Kaiserkrone
Variété Café Japan

Warenhaus
Gebr. Wolff, Delmenhorst

Wäsche-Ausstatt.
S. Janover

Uhren, Goldwaren
F. Eilers

Gewerkschaftskartell Leer.
Gewerkschaftsfest

Den Lesern und Leserinnen bei Einkäufen und Verkehr zur Beachtung bestens empfohlen.

Bekanntmachung.

Folgende Stadtratsbeschlüsse vom 12. Juni 1911:
1. über die Baupolizeiverordnung...

Bekanntmachung.

Pflichtfeuerwehr Rüsting.
(früher Pant), Bezirk II.

Möbl. Zimmer zu vermieten

Schillerstraße 12, part.

Zu vermieten

zum 1. Juli eine dreizimmrige erste Etagenwohnung.

Möbliertes Zimmer

zu vermieten.
Wüne Tuden, Albiandstraße 4.

Margarine-Vertreter

von altrenomierter Fabrik mit erstklassigem Fabrikat gesucht.

Morgenmädchen

zum 15. Juni gesucht. Zu erfragen nachm. 6 bis 8 Uhr. Roentn. 38, I.

Wenn Sie radeln

Advertisement for bicycles with an image of a bicycle. Text: brauchen Sie ein gutes Rad. Lassen Sie sich ein solches Edelweiß-Fabrikat empfehlen...

Gesucht auf sofort

2 Dachdeckergefelten für dauernde Beschäftigung.

Tücht. Gasrohrleger

gesucht. Gaswerke Wilhelmshaven.

Gesucht auf sofort

ein Schuhmachergefelle. V. Fischer, Wilhelmshaven.

Gesucht auf sofort

ein Schmiedefelle und ein Lehrling. Herr. Decker, Schmiedemeister.

Lehrmädchen aus ordentlicher Familie sucht S. Schmilowitz, Neue Str.

Gesucht auf sofort ein tüchtiges

Dienstmädchen. Frau Jurge, Zentralhalle.

Gewerkschaftskartell Leer.

Unser diesjähriges Gewerkschaftsfest findet statt am Sonntag den 20. August 1911 in den Etablissements der Herren B. Fischer und A. Lössch.

Wilhelmshaven-Rüstinger Straßen-Reinigungsinspizit

Baut :: Grenzstraße 20b :: Fernsprecher 765 empfiehlt sich unter Garantie zur Übernahme der Reinigung von Straßen, Plätzen, Trottoirs zu mäßigen Abonnementspreisen.

Jeden Donnerstag: Bettfedern-Reinigung (neueste Maschine). Georg Aden :: Baut.

Sämtliche Drucksachen fertigt an Paul Hug & Co.

Bauplätze

500 Meter vom Bahnhof Dangstorfmoor und am Bach, billig abzugeben durch den Behälter Joh. Cordes, Lohengandamm bei Varel.

Advertisement for Persil detergent with an image of the product. Text: Gut und billig waschen Sie nur mit dem beliebten, selbstbleichenden, unschädlichen Waschmittel Persil.

Haushälterin

für mittleren bürgerl. Haushalt zum 1. August gesucht. Angebote mit näherer Darlegung der Verhältnisse unter N. 129 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Mehrere Lehrlingmädchen

von achtbaren Eltern gegen monatliche Vergütung gesucht. Gebr. Franke, Marktstr.

Empfehle mich als Wäsch- und Reinmachefrau. Börstenstraße 36, 1.

Gesucht

ein zuverläss. Mädchen für den Nachmitt. Schillerstraße 2a, 2 Tr. r.